

Antrag der Fraktion der CDU

### **Gleiche finanzielle Ausstattung für Elternvereine und freie Träger**

Das Kinderförderungsgesetz (KiföG), das am 16. Dezember 2008 in Kraft trat, bildet eine gute Grundlage, um den Ausbau der Kindertagesbetreuung konsequent fortzusetzen. Gemäß Artikel 1 Nr. 7 KiföG hat ab dem Jahr 2013 jedes Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Die Elternvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung dieses Rechtsanspruchs und zu mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für mehr Bildung für alle Kinder und für bessere Zukunftsperspektiven in Bremen.

Die Senatorische Behörde - das Landesjugendamt - erteilt die Betriebserlaubnis und öffentliche Anerkennung der Kindertageseinrichtungen und bestimmt über die finanzielle Förderung nach den für gemeinnützige Träger geltenden Richtlinien. Im Gegensatz zu den freien Trägern, die referenzwertfinanziert sind und alle in Einzelverhandlungen festgelegte Eigenanteile bei den Kosten vereinbart haben, sind die Elternvereine richtlinienfinanziert. Der Grad der Kostendeckung im Bereich der unter dreijährigen Kinder beträgt hier lediglich 57%, im Bereich der drei- bis sechsjährigen Kinder rund 80% und im Hortbereich rund 90%. Warum diese Ungleichbehandlung der Elternvereine und der freien Träger?

Kindergruppen von Elternvereinen setzen die aktive Mitarbeit der Eltern voraus. Aber Kinderbetreuung ist kein Ehrenamt. Das bundesweite Ziel, bis 2013 mehr als einem Drittel der unter dreijährigen Kinder einen Betreuungsplatz bereit zustellen, muss auch in Bremen realisiert werden. Wir können dieses Ziel nur erreichen, wenn kommunale und freie Träger sowie Elternvereine gleichgestellt sind: Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir fordern deshalb die gleiche finanzielle Ausstattung für Elternvereine und freie Träger.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der aktuellen Bearbeitung des Referenzwertesystems die Leistungen, Kosten und Zuwendungen für alle Träger, einschließlich der Elternvereine, zu analysieren, transparent darzustellen und die Elternvereine künftig gleichzustellen.

Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU